

Haushaltsrede der AfD Fraktion im Kreistag FDS

betreffend den Haushaltsentwurf 2022

gehalten am 06.12.2021

Liebe Mitbürger, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreistagsmitglieder und Pressevertreter, sehr geehrte Mitarbeiter des Kreises, wie immer treffen wir uns am Jahresende um den Kreishaushalt für das kommende Jahr zu diskutieren und zu beschließen. Wie im Vorjahr ist auch dieser Haushalt mit der großen Unbekannten Corona-Pandemie belastet. Die Bazooka, geladen mit Schulden, wurde letztes Jahr schnell leergefeuert, aber die Pandemie dauert an. Die Bevölkerung wird nun mit voller Härte getroffen, da auch ihre Reserven zu Ende gehen. Jetzt würden wir das schnell verpulverte, teils in andere Länder verschenkte Geld brauchen. Länder, die besser durch die Krise gekommen sind als wir. Aber nun ist es halt mal weg! Davor hatte ich in der Presse im April 2020 gewarnt. Jetzt ist es eingetreten!

Die Herausforderung Corona mit ständig mutierenden Viren, jetzt Omikron, wäre schon groß genug. Ein großer Teil der Politiker im Land glaubt aber noch einen Totalumbau der Energie- und letztlich der Volkswirtschaft oben drauf satteln zu müssen. Das Ziel der globalen Klimaneutralität erreichen wir dadurch nicht, wie Glasgow am Ende gezeigt hat. Dies könnte man bei einer faktenorientierten Debatte leicht feststellen.

Zweifelsfrei wären einschneidende Veränderungen auch ohne Beteiligung inländischer Akteure auf uns zugekommen.

Der neue kalte Krieg zweier Supermächte. Der überfällige Zusammenbruch des überholten Wirtschaftsmodells der Globalisierung.

Diese wären für unsere zu Export lastige Industrie und Volkswirtschaft schon Herausforderung genug gewesen.

Da einige im Land, wie auch hier im Kreistag, den Ernst der Lage noch nicht begriffen haben, spielen wir daneben noch Auffangkasse für die UNO und Weltflüchtlingslager.

Meine Damen und Herren, die Deutschen sind ein fleißiges und aktives Volk, aber das alles auf einmal schaffen wir nicht!

Es macht traurig im Land und gerade auch bei jüngeren Leuten eher Resignation als Aufbruch zu spüren, den es eigentlich bräuchte.

Hier kommen wir nun wieder auf unseren Kreis und den Kreistag zurück, wo wie in Bundes- und Landespolitik alle möglichen Themen adressiert und hehre Weltverbesserungsziele formuliert werden. Bei realistischer Prüfung der Haushaltszahlen stellt man aber fest, dass wir kaum noch die Grundaufgaben bewältigen!

Die Bürger sorgen sich gerade jetzt in der wieder verschärften Pandemie um ein verlässliches und qualitativ gutes Gesundheitswesen.

Wie lange wir unseren Teil daran noch finanzieren können wissen wir aber nicht. Die Zahl der Betten ist in der Krise geschrumpft statt gewachsen. Von ehemals 10 Intensiv-Betten im Kreiskrankenhaus waren zeitweise nur noch 7 belegbar. Wir liegen damit im Bundes-Trend. Der wird von einer Politik verschuldet, welche die Gesundheitskassen eher als Konjunkturfonds sieht, denn als Daseinsvorsorge. Es werden ständig neue Betonmonumente gebaut, für die es kein ausgebildetes Personal gibt, das eigentliche Herz einer guten Versorgung. Ähnlich ist es ja im Altenpflegebereich.

Der Bau des neuen Krankenhauses, welcher den Kreis investiv für längere Zeit nahezu handlungsunfähig macht, wurde bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossen. Es fügt sich nahtlos ins Fehlerbild ein. Unsere Fraktion hätte diesem Projekt so sicher nicht zugestimmt. Es ist ein Projekt, das sich nicht am Bürgerbedarf orientiert hat. Bürgerbedarf wäre gewesen im Kreis eine schnelle, zuverlässige und qualitativ hochwertige Erstversorgung zu haben. Am besten mit 2 rund um die Uhr besetzten Notbetreuungs-Standorten in Freudenstadt und Horb.

Bürgerbedarf war es nicht, dass ein kleines Provinzkrankenhaus versucht mit Großkliniken bei vorplanbaren Behandlungen um Kunden zu buhlen. Dies hat bis jetzt nicht funktioniert und wird es, nach unserer Einschätzung, auch im Neubau nicht. Jährliche Defizite, wie das Finanzloch dieses Jahr, werden bleiben. Sie sind aber jetzt von einem über die Ohren verschuldeten Kreis zu finanzieren.

Hier die Verantwortung bei Geschäftsführern oder Personal der KLF zu suchen ist falsch. Um den Karren aus dem Dreck zu bekommen, müssen wir jetzt eine Neubesetzung des Aufsichtsrates vornehmen! Bei dieser Gelegenheit müssen bei diesem überragend wichtigen Thema, alle Kreistagsfraktionen mitberücksichtigt werden, auch Frauen und AfD, wie wir es am Beginn der Legislaturperiode gefordert hatten.

Gespart wird im Kreishaushalt trotz Volumenwachstums kräftig, nämlich beim Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Dies ist der völlig falsche Sektor. Ein Kreis der in Zukunft eher mehr erwirtschaften will um finanziell aus der Klemme zu kommen, braucht eine gute Infrastruktur. Wir brauchen erstklassige Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Berufspendler, die wir im ländlichen Raum nun mal überproportional haben.

Die Verschiebung absolut dringlicher Kreisstraßen-Projekte im Dezernat III beim Straßenbauamt sind nicht akzeptabel. Sinkende Mittel hier in Zeiten stark steigender Baukosten zeigen klar wohin der Reise geht: Leben aus der Substanz!

Die verbal verkündete Nachhaltigkeit rückt so in weite Ferne. Dass es nachhaltig ist die Leute im Slalom um nicht mehr befahrbare Straßenabschnitte herumzuleiten, kann uns keiner erzählen! Dass wir ausgerechnet hier mit 3,37 Mio. € weniger aufwenden als wir an

Zuwendungen erhalten, nämlich 3,76 Mio. € (S. 419 im Haushalt) zeigt wie falsch die Prioritäten in diesem Haushalt gesetzt sind.

In Abweichung zu allen anderen Planjahren zwischen 2020 und 2025 wird vom Kreis so eine Nettoentnahme statt einer Nettoinvestition gemacht.

Auf eine Digitalisierungsrendite aus getätigten Investitionen warten wir im Kreis ebenso vergeblich wie auf allen anderen Verwaltungsebenen. Stattdessen immer zusätzlicher Personal- Strom- und Raumbedarf daraus.

Mit einem höheren Aufwand für EDV im Dezernat I mit 3,79 Mio. € als für den Kreisstraßenbau, stehen wir wohl alleine da unter den Flächenlandkreisen. Auf dieses Alleinstellungsmerkmal würden wir und die Verkehrsteilnehmer im Kreis gerne verzichten!

Der hohe Strombedarf im Verwaltungsbereich wurde bisher durch den zunehmenden Kauf von Öko-Strom wegretuschiert. Ob hierdurch tatsächlich Emissionen gespart wurden ist strittig. Der Trick ist für die Statistik aber nun ausgereizt. Unser reicher Kreis kauft seit 2020 100% Ökostrom. Gespannt warten wir nun auf die Statistik fürs nächste Jahr. Das der Energieverbrauch im Corona- und Home-Office-Jahr 2020 im Landratsamt nicht deutlich abgenommen hat, ist schon erstaunlich.

Am besten ist die Wärmebilanz eines Büroraumes der gar nicht mehr geheizt werden muss, weil er nicht mehr gebraucht wird. Wie viele Räumlichkeiten und Strom werden für die mannigfaltigen Energiestatistiken aufgewendet? Dies spart jedenfalls keine Kilowattstunde (kWh) Energie ein.

Das irgendwo von der Kreisverwaltung der fruchtbare Acker des Bürokratieabbaus beackert werden soll, ist uns auch im vorliegenden Haushaltsentwurf für 2022 nicht begegnet!

Man hofft einfach auf immer üppiger sprudelnde Steuerquellen.

Die Steuer-Schätzung vom November ergab deutlich mehr als die vom Mai. Somit werden auch mehr Zuweisungen kommen. Dies ist aber nicht einer rosigen wirtschaftlichen Lage zu verdanken. Der neue Zaubertrick der hier wirkt heißt Inflation.

Diese sorgt z. B. dafür, dass viele Arbeitnehmer trotz sinkender Realeinkommen immer mehr Steuern zahlen. Sie rutschen bei der nie angepassten Steuerprogression nach oben. Dies ist in einer Zeit in der die Reallöhne mit der Inflation nicht Schritt halten, besonders hart.

Ich frage mich immer, wie lange die Altparteien dieses Spiel noch treiben.

Nun ja, Abwanderung von Industrie und Leistungsträgern ins Ausland hat längst begonnen. Die Mittelschicht schrumpft laut neuer Studie deutlich.

Skurril wird es immer, wenn im Kreistag und anderswo gefragt wird, weshalb sich nicht mehr junge Leute für den Pflegeberuf begeistern, obwohl man da brutto inzwischen nicht mehr so schlecht verdient.

Die Antwort ist einfach. Es ist zunehmend wurscht wieviel man brutto verdient, weil man netto davon kaum noch etwas rauskriegt und auch davon über Verbrauchssteuern ein erheblicher Teil an den Staat geht!

Die für 2022 erwartete Staatsquote von 52 % ist eine Bankrotterklärung für eine Marktwirtschaft. Dazu kommen noch Stress und Überstunden für die verbliebenen Produktiven, die es noch nicht in die wuchernde Bürokratie geschafft haben. Da müssen wir wohl noch einige Beauftragten-Stellen erfinden!

Wir nähern uns hier einem ganz gefährlichen Punkt in Bezug auf die gesellschaftliche Stimmung und die Ökonomie.

Das unwürdige Leben auf Antrag im sich ausbreitenden Umverteilungsstaat wird für immer mehr Menschen Realität. Sozial ist das nicht!

Die Steuerkraftsummenschätzung 2022 für den Kreis ergibt einen kräftigen Zuwachs auf rund 223 Mio. €. Bei stabiler Kreisumlage von 33,2%, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt, steigt der Zufluss aus den Kommunen an den Kreis um rund 4 Millionen.

Der Inflations-Trick der auch hier Treiber ist hat aber 2 große Nachteile: Erstens macht er sich auch bei den Ausgaben bemerkbar und zweitens beschleunigt er das Anwachsen sozialer Notlagen. Vor diesem Hintergrund sehe ich die ständig steigenden Sozialleistungen an natürliche Personen (45,36 Mio. €, S. 212), im Kreishaushalt. Diese sind ein beredtes Zeugnis dafür, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung finanziell überfordert ist. Wo finanzielle Not ist, da sind häusliche Gewalt oder der Konsum von Alkohol und Drogen nicht weit.

Wir appellieren dazu zumindest im Kreis gegenzusteuern und zu einer sparsamen, die Bürger entlastenden Haushaltsführung zurückzukehren.

Einsparmöglichkeiten gibt es. Da wäre zum Beispiel die Aussetzung der in der freien Wirtschaft gänzlich unbekannteren Regelbeförderungen.

Natürlich gibt es im Dezernat II mit dem größten Nettobedarf von 66,6 Mio. € viele Pflichtaufgaben, die von höheren Ebenen vorgegeben sind. Dass hier aber keinerlei Gestaltungsmöglichkeit für die durchführende Kreisverwaltung besteht, stimmt nicht.

Wir wollen hier insbesondere den Bereich der Flüchtlingsunterbringung ansprechen.

Über das Asylsystem kommen immer mehr Personen, die eigentlich nur eine Verbesserung ihrer sozialen Lage anstreben. Das ist aus ihrer Sicht völlig legitim. Dem Vorschub zu leisten ist zutiefst unsozial, vor dem Hintergrund zunehmender Armut und Überschuldung bei der länger hier lebenden Bevölkerung.

Wenn Privatinsolvenzen stark zunehmen, immer mehr Rentner an der Armutsgrenze leben, wenn Tafeln dem Andrang nicht mehr Herr werden und Obdachlosigkeit zunimmt, dann können unsere öffentlichen und Sozialkassen keine Lotterietöpfe mehr sein.

Es darf Menschen im Ausland nicht signalisiert werden sie können über das Asylrecht für Verfolgte, ohne so einen Grund, als Lotteriegewinner den schlechten sozialen Bedingungen ihrer Heimatländer entfliehen.

Ich bin froh, dass mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Hagel nun auch ein Politiker aus einer anderen Partei auf die ungute Rolle der Pull-Faktoren hingewiesen hat. Diese führen dann letztlich auch zu solch dramatischen und tragischen Situationen wie derzeit an der polnischen Grenze oder auf dem Mittelmeer.

Es ist unsere Pflicht als Kreis hier nicht kontraproduktiv zu agieren.

Es kann nicht sein, dass junge Fachkräfte, die wir dringend brauchen, keine Wohnung finden, weil das Amt für Migration den Wohnungsmarkt leermietet! Die Bundesagentur für Arbeit hat gerade ein Abkommen zur Anwerbung indischer Krankenpfleger/innen geschlossen. Es wäre fatal, wenn wir solche im Krankenhaus dringend benötigten Kräfte nicht unterbringen können, weil die Wohnungen mit eigentlich Ausreisepflichtigen belegt sind.

Sammelunterkünfte für Flüchtlinge mit nicht abgeschlossenen Verfahren oder Ablehnungsbescheid sind zumutbar!

Bei 4,2 Mio. € Gesamtaufwand für die Unterbringung sind die 1,14 Mio. € aus Eigenmitteln so sicher reduzierbar. Das ideologiegeprägte jüngst publizierte Agieren der Verwaltung hier ist für uns nicht akzeptabel! Es passt weder zur klammen Haushaltslage noch zum angespannten Wohnungsmarkt im Landkreis!

Wir beraten einen um fast 6% steigenden Haushalt von rund 170 Mio. €, in dem dringende Investitionen in die Infrastruktur unterlassen werden und der trotzdem am Rande der Genehmigungsfähigkeit ist. Wir tun dies im Wissen, dass es durch die Pandemie und Anderes, erhebliche weitere Haushaltsrisiken gibt z. B. im ÖPNV.

Es ist zu befürchten, dass der geplante Rekordschuldenstand von 172 Mio. € für Ende 2022 noch höher ausfällt. Trotzdem werden in manchen Bereichen weiter die Spendierhosen angezogen und freiwillig mit Stellen und Projekten die Ideologie aus den großen Parteizentralen bedient. Hier liegt etwas im Argen!

Da geht es nicht mehr um Einzelposten. Es geht hier um mangelnde Realitätswahrnehmung! Angesichts der finanziellen Lage des Kreises sollten wir vielleicht mal von Weltrettung auf Haushaltsrettung umschalten.

Wir brauchen eine Mentalitätswende und wir brauchen sie jetzt!

Am Ende danken auch wir allen Mitarbeitern im Landratsamt und in den Kreisbetrieben für ihre gute Arbeit unter schwierigen Bedingungen im vergangenen Jahr, insbesondere natürlich im Krankenhaus.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Uwe Hellstern, AfD-Fraktion, im Kreistag Freudenstadt